



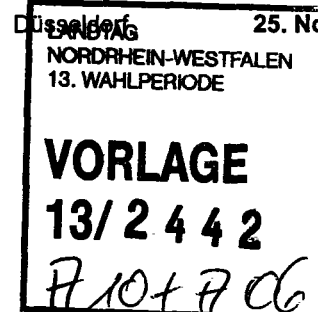
Landtag Nordrhein-Westfalen Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

An die  
Mitglieder des Ausschusses für Kommunalpolitik  
im Hause

nachrichtlich: An die  
Mitglieder des Haushalts- und  
Finanzausschusses

Telefon: (0211) 884 - 0  
Durchwahl: 2673/2521

Düsseldorf, 25. November 2003



**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004 und 2005**

**Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4502  
Drucksachen 13/4582 und 13/4614 (Berichtigungen)  
Drucksache 13/4660 (1. Ergänzung)**

hier: Darstellung des Gesetzestextes in der geltenden Entwurf-Fassung

Sehr geehrte Kolleginnen,  
sehr geehrte Kollegen,

zur Erleichterung der weiteren Beratungen erhalten Sie in der Anlage den Gesetzestext des GFG-Entwurfs und des SBG-Entwurfs 2004 und 2005 in der Fassung, wie er sich nun aus der Einarbeitung der Berichtigungen (gemäß Drucksachen 13/4582 und 13/4614) und der 1. Ergänzung (gemäß Drucksache 13/4660) ergibt.

Dieser Text kann Ihnen als Arbeitsgrundlage für die weiteren Beratungen dienen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Ihr  
Jürgen Thulke

F. d. R.

(Norbert Krause)



**Geltende Fassung des Gesetzentwurfs mit den eingearbeiteten Berichtigungen  
(Drucksachen 13/4582 und 13/4614) einschließlich der 1. Ergänzung  
(Drucksache 13/4660)**

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004 und 2005**

**Artikel I**

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004 und 2005  
(Gemeindefinanzierungsgesetz  
- GFG 2004/2005)**

**Inhaltsübersicht**

**Erster Teil**

**Grundlagen**

- § 1 Zuweisungen des Landes an die Gemeinden und Gemeindeverbände
- § 2 Steuerverbund 2004 und 2005
- § 3 Vorwegabzüge und Zuführungen 2004 und 2005
- § 4 Aufteilung des verfügbaren Verbundbeitrages im Steuerverbund 2004 und 2005
- § 5 Zuweisungen außerhalb des Steuerverbundes 2004 und 2005

**Zweiter Teil**

**Allgemeiner Steuerverbund**

- § 6 Grundsätze für die Schlüsselzuweisungen
- § 7 Aufteilung der Schlüsselmasse 2004 und 2005
- § 8 Festsetzung der Schlüsselzuweisungen für die Gemeinden
- § 9 Ermittlung der Ausgangsmesszahl für die Gemeinden
- § 10 Ermittlung der Steuerkraftmesszahl für die Gemeinden
- § 11 Festsetzung der Schlüsselzuweisungen für die Kreise

- § 12 Ermittlung der Ausgangsmesszahl für die Kreise
- § 13 Ermittlung der Umlagekraftmesszahl für die Kreise
- § 14 Festsetzung der Schlüsselzuweisungen für die Landschaftsverbände
- § 15 Ermittlung der Ausgangsmesszahl für die Landschaftsverbände
- § 16 Ermittlung der Umlagekraftmesszahl für die Landschaftsverbände
- § 17 Pauschale Zuweisungen zur Förderung investiver Maßnahmen von Gemeinden, Kreisen und Landschaftsverbänden
- § 18 Pauschale Zuweisungen zur Unterstützung kommunaler Aufwendungen im Schulbereich
- § 19 Pauschale Zuweisungen an Gemeinden zur Unterstützung investiver kommunaler Aufwendungen im Sportbereich
- § 20 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände aufgrund besonderer Bedarfe, die nicht im Schlüsselzuweisungssystem berücksichtigt sind und einmalige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Überwindung außergewöhnlicher Belastungs- und besonderer Bedarfssituationen
- § 21 Zuweisungen zu Maßnahmen der Stadterneuerung
- § 22 Zuweisungen zu Maßnahmen der Denkmalpflege und zur Förderung kleinerer privater Denkmalpflegemaßnahmen
- § 23 Zuweisungen zu kommunalen Museumsbauten
- § 24 Zuweisungen zur Ausfinanzierung bewilligter Sportstättenbauten
- § 25 Zuweisungen zur ökologischen Gestaltung im Emscher-Lippe-Raum
- § 26 Zuweisungen zur Gefährdungsabschätzung und Sanierung von Altablagern und Altstandorten
- § 27 Zuwendungen für kommunale Theaterförderung
- § 28 Zuweisungen zur Entwicklung entbehrllicher Flächen im Bahnflächenpool Nordrhein-Westfalen
- § 29 Abrechnungsverfahren für das Haushaltsjahr 2002
- § 30 Abrechnungsverfahren für das Haushaltsjahr 2003

### **Dritter Teil**

#### **Zuweisungen außerhalb des Steuerverbundes**

- § 31 Zuweisungen zu den Kosten der Lastenausgleichsverwaltung bei kreisfreien Städten und Kreisen
- § 32 Kompensationsleistungen an die Gemeinden für Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs
- § 33 Zuweisungen nach Maßgabe des Haushaltsplans

### **Vierter Teil**

#### **Umlagen, Umlagegrundlagen**

- § 34 Kreisumlage
- § 35 Landschaftsumlage
- § 36 Verbandsumlage des Kommunalverbandes Ruhrgebiet

### **Fünfter Teil**

#### **Gemeinsame Vorschriften und Verfahren**

- § 37 Grundlagen zur Erhebung und Anwendung von Daten zur Berechnung allgemeiner Zuweisungen aus dem Steuerverbund
- § 38 Verfahrensregelungen zur Ermittlung, Festsetzung und Auszahlung der allgemeinen Zuweisungen aus dem Steuerverbund 2004 und 2005
- § 39 Ausgleich fehlerhafter Zuweisungen aus dem Steuerverbund
- § 40 Bewirtschaftung der Mittel des Steuerverbundes
- § 41 Förderungsgrundsätze für alle zweckgebundene Zuweisungen
- § 42 Sonderregelungen für zweckgebundene Zuweisungen im Steuerverbund
- § 43 Kürzungsermächtigung
- § 44 Durchführungsvorschriften

**Anlagen**

- Anlage 1** Ableitung Steuerverbund 2004 und 2005
- Anlage 2** Vorwegabzüge Steuerverbund 2004 und 2005
- Anlage 3** Aufteilung des verfügbaren Verbundbetrages im Steuerverbund 2004 und 2005
- Anlage 4** Hauptansatzstaffel
- Anlage 5** Schüleransatzstaffel
- Anlage 6** Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände aufgrund besonderer Bedarfe, die nicht im Schlüsselzuweisungssystem berücksichtigt sind im Steuerverbund 2004 und 2005
- Anlage 7** Zuweisungen zu den Kosten der Lastenausgleichsverwaltung bei kreisfreien Städten und Kreisen in den Haushaltsjahren 2004 und 2005
- Anlage 8** Kompensationsleistungen an die Gemeinden für Verluste aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs in den Haushaltsjahren 2004 und 2005
- Anlage 9** Anteile und Auszahlungstermine der Zuweisungen nach § 38 Abs. 3 in den Haushaltsjahren 2004 und 2005

## **Erster Teil Grundlagen**

### **§ 1 Zuweisungen des Landes an die Gemein- den und Gemeindeverbände**

(1) Die Gemeinden und Gemeindeverbände tragen die Kosten ihrer eigenen und der ihnen übertragenen Aufgaben, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(2) Die Gemeinden und Gemeindeverbände erhalten vom Land im Wege des Finanz- und Lastenausgleichs zur Ergänzung ihrer eigenen Einnahmen allgemeine und zweckgebundene Zuweisungen für die Erfüllung ihrer Aufgaben.

(3) Die Gemeinden und Gemeindeverbände erhalten einen Anteil am Steueraufkommen des Landes (Steuerverbund). Das Nähere regelt dieses Gesetz.

(4) Die Gemeinden und Gemeindeverbände erhalten ferner Zuweisungen nach näherer Bestimmung dieses Gesetzes sowie nach Maßgabe des Haushaltsplans des Landes.

(5) Soweit den Gemeinden und Gemeindeverbänden Zuwendungen auf Grund besonderer Gesetze gewährt werden, bleiben diese unberührt.

### **§ 2 Steuerverbund 2004 und 2005**

(1) Das Land stellt den Gemeinden und Gemeindeverbänden in den Jahren 2004 und 2005 jeweils 23 vom Hundert seines Anteils an der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer (Gemeinschaftssteuern) zur Verfügung. Der Landesanteil an der Umsatzsteuer wird in jedem Jahr um den für Kompensationsleistungen an die Gemeinden für Verluste aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs festgesetzten Betrag für das entsprechende Haushaltsjahr gekürzt.

Ferner beteiligt das Land die Gemeinden und Gemeindeverbände mit 23 vom Hundert an vier Siebteln der Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer (Landessteuer).

(2) Von den Mitteln nach Absatz 1 ist im Haushaltsjahr 2005 der im Haushaltsjahr 2003 kreditierte Betrag in Höhe von 484.150.000 EUR abzuziehen. Den Mitteln nach Absatz 1 wird für das Haushaltsjahr 2004 einmalig ein Betrag von 206.000.000 EUR hinzugerechnet, der im Haushaltsjahr 2005 verrechnet wird.

(3) Von den Mitteln nach Absatz 1 wird in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 ein Betrag von jeweils 324.700.000 EUR abgezogen. Diese Mittel sind für Zuweisungen an die Kommunen nach Maßgabe des Landes in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 einzusetzen.

(4) Die Höhe der Verbundgrundlagen und das Volumen der daraus abgeleiteten Steuererbünde der Jahre 2004 und 2005 ergeben sich aus Anlage 1 zu diesem Gesetz.

(5) Der Berechnung nach Absatz 1 sind die Ansätze für das jeweilige Haushaltsjahr im Haushaltsplan des Landes zugrunde zu legen; soweit die Haushaltsansätze von den Ergebnissen der Haushaltsrechnung des Landes für das entsprechende Haushaltsjahr abweichen, ist der Ausgleich spätestens im jeweils übernächsten Haushaltsjahr vorzunehmen. Das Abrechnungsverfahren für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 regeln die §§ 29 und 30.

### **§ 3**

#### **Vorwegabzüge und Zuführungen 2004 und 2005**

(1) Von den nach § 2 ermittelten Beträgen für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 werden Aufwendungen des Landes abgezogen, die das Land für die Gemeinden und Gemeindeverbände auf Grund gesetzlicher Vorschriften und vertraglicher Vereinbarungen zu entrichten hat.

(2) Für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 werden Aufwendungen des Landes

- für Tantiemen, die das Land für die Gemeinden und Gemeindeverbände auf



Grund gesetzlicher Vorschriften und vertraglicher Vereinbarungen zu entrichten hat

- zur Erfüllung vertraglicher Vereinbarungen an das Erzbistum Paderborn als Gegenleistung für das Ruhen bzw. die Ablösung kommunaler Kirchenbaulasten

einbehalten.

In den Haushaltsjahren 2004 und 2005 werden ferner einbehalten bzw. zugeführt

- der als Differenzbetrag im Steuerverbund zu erbringende bzw. zurückzuzahlende Anteil am kommunalen Beitrag zu den einheitsbedingten Gesamtlasten. Dies ist der Betrag, der sich aus der Differenz zwischen dem kommunalen Gesamtbeitrag an den Einheitslasten und den bereits anderweitig zu erbringenden einheitsbedingten kommunalen Leistungen ergibt. Dabei handelt es sich um die für die entsprechenden Haushaltsjahre zu diesem Zweck erhöhte Gewerbesteuerumlage der Gemeinden sowie die Absenkung der Steuerverbundmasse durch Reduzierung des Landesanteils an der Umsatzsteuer im Zusammenhang mit der Neuregelung des Fonds „Deutsche Einheit“ ab 2005.

(3) Die Höhe der einzelnen Vorwegabzüge für die Jahre 2004 und 2005 ergeben sich aus Anlage 2 zu diesem Gesetz.

(4) Den in Anlage 2 festgesetzten Ansätzen für die in Absatz 1 aufgeführten Vorwegabzüge sind die Ansätze für das jeweilige Haushaltsjahr im Haushaltsplan des Landes zugrunde zu legen; soweit die Haushaltsansätze von den Ergebnissen der Haushaltsrechnung des Landes für das entsprechende Haushaltsjahr abweichen, ist der Ausgleich spätestens im jeweils übernächsten Haushaltsjahr vorzunehmen.

(5) Das Abrechnungsverfahren für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 regeln die §§ 29 und 30.

**§ 4****Aufteilung des verfügbaren Verbundbetrages im Steuerverbund 2004 und 2005**

(1) Die sich aus den Berechnungen nach den §§ 2 und 3 ergebenden verfügbaren Verbundbeträge für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 werden auf allgemeine und zweckgebundene Zuweisungen aufgeteilt.

(2) Die Höhe der allgemeinen und der zweckgebundenen Zuweisungen für die Jahre 2004 und 2005 ergeben sich aus Anlage 3 zu diesem Gesetz.

(3) Die Aufteilung der allgemeinen Zuweisungen wird in den §§ 6 bis 20, die Aufteilung der zweckgebundenen Zuweisungen in den §§ 21 bis 28 festgelegt.

**§ 5****Zuweisungen außerhalb des Steuerverbundes 2004 und 2005**

Außerhalb des Steuerverbundes erhalten die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Jahren 2004 und 2005 Zuweisungen nach näherer Bestimmung dieses Gesetzes und nach Maßgabe des Haushaltsplans des Landes. Die entsprechenden Regelungen werden in den §§ 31 bis 33 getroffen.

**Zweiter Teil  
Steuerverbund****Erster Abschnitt****Allgemeine Zuweisungen****A. Schlüsselzuweisungen****1. Unterabschnitt****Allgemeine Vorschrift und Schlüsselmasse****§ 6****Grundsätze für die Schlüsselzuweisungen**

(1) Die Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände erhalten in den Jahren 2004

und 2005 Schlüsselzuweisungen, deren Höhe sich für die einzelne Gebietskörperschaft nach ihrer durchschnittlichen Aufgabenbelastung und nach ihrer Steuer- oder Umlagekraft bemisst. Besonders berücksichtigt werden Belastungen,

- die Gemeinden und Kreisen durch die Trägerschaft von Schulen,
- die Gemeinden aufgrund hoher Soziallasten,
- die Gemeinden durch Mehraufwendungen für Zentralitätsfunktionen

entstehen.

(2) Die Schlüsselzuweisung wird aus der Gegenüberstellung einer für jedes Haushaltsjahr neu zu ermittelnden Ausgangsmesszahl (§§ 9, 12 und 15) und einer für jedes Haushaltsjahr neu zu ermittelnden Steuerkraftmesszahl (§ 10) oder Umlagekraftmesszahl (§§ 13 und 16) berechnet.

## **§ 7**

### **Aufteilung der Schlüsselmasse 2004 und 2005**

(1) Der für Schlüsselzuweisungen in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 zur Verfügung stehende Gesamtbetrag wird aufgeteilt auf eine Schlüsselmasse für Gemeinden, eine Schlüsselmasse für Kreise und eine Schlüsselmasse für Landschaftsverbände.

(2)

zugeteilten Schlüsselmassen für die Jahre 2004 und 2005 ergibt sich aus Anlage 3 zu § 4 Abs. 2.

## **2. Unterabschnitt**

### **Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden**

## **§ 8**

### **Festsetzung der Schlüsselzuweisungen für die Gemeinden**

(1) Die Gemeinde erhält als Schlüsselzuweisung in jedem Haushaltsjahr 90 vom

Hundert des Unterschiedsbetrages zwischen der für das Haushaltsjahr maßgeblichen Ausgangsmesszahl (§ 9) und der für das Haushaltsjahr maßgeblichen Steuerkraftmesszahl (§ 10).

(2) Erreicht die Steuerkraftmesszahl eines Haushaltsjahres die Ausgangsmesszahl eines Haushaltsjahres, so erhält die Gemeinde keine Schlüsselzuweisung in diesem Haushaltsjahr.

### **§ 9**

#### **Ermittlung der Ausgangsmesszahl für die Gemeinden**

(1) Die Ausgangsmesszahl einer Gemeinde wird ermittelt, indem der Gesamtansatz (Absatz 2) für das entsprechende Haushaltsjahr mit dem einheitlichen Grundbetrag (Absatz 7) für das entsprechende Haushaltsjahr vielfältigt wird.

(2) Der Gesamtansatz wird aus dem Hauptansatz, dem Schüleransatz, dem Soziallastenansatz und dem Zentralitätsansatz gebildet.

(3) Der Hauptansatz wird den Gemeinden für jeden mit Hauptwohnsitz gemeldeten Einwohner gewährt. Für die Berücksichtigung im Hauptansatz wird die Zahl der Einwohner nach der Gemeindegröße gewichtet (Hauptansatzstaffel). Die Hauptansatzstaffel mit den entsprechenden Hundertsätzen ist in der Anlage 4 zu diesem Gesetz festgelegt. Liegt die Einwohnerzahl einer Gemeinde zwischen zwei Stufen der Staffelklasse, so wird der Hundertsatz mit den dazwischen liegenden Werten angesetzt; der Hundertsatz wird auf eine Dezimalstelle hinter dem Komma aufgerundet.

(4) Der Schüleransatz wird den Gemeinden für jeden Schüler nach § 37 an Schulen in eigener Trägerschaft gewährt. Für die Berücksichtigung im Schüleransatz wird die Zahl der Schüler nach Schulformen gewichtet (Schüleransatzstaffel). Die Schüleransatzstaffel mit den entsprechenden Hundertsätzen ist in Anlage 5 zu diesem Gesetz festgelegt. Vor Anwendung dieses Hundertsatzes wird die Zahl

- nicht integrativ beschulter Schüler und Schülerinnen aller Schulformen, die in Ganztagsform beschult werden,  
mit 1,5
- integrativ beschulter Schüler und Schülerinnen, die in Halbtagsform beschult werden,  
mit 3,0
- integrativ beschulter Schüler und Schülerinnen, die in Ganztagsform beschult werden,  
mit 5,1

vervielfältigt. Der in den Gesamtansatz nach Absatz 2 einfließende Schüleransatz beträgt 92 vom Hundert des so ermittelten Wertes.

Soweit Zweckverbände Schulträger sind, werden die Schüler den dem Zweckverband angehörenden Gemeinden entsprechend dem Anteil an der Umlage zugerechnet.

Der Schüleransatz wird den Städten Düren und Gütersloh zur Hälfte auch für Schüler gewährt, die die Stiftischen Gymnasien in diesen Gemeinden besuchen.

(5) Der Soziallastenansatz wird den Gemeinden für jeden gemeldeten Arbeitslosen mit einer Dauer der Arbeitslosigkeit von 6 Monaten und mehr gewährt. Für die Berücksichtigung im Soziallastenansatz wird die Zahl der Arbeitslosen je nach Dauer der Arbeitslosigkeit vervielfältigt:

Dauer der Arbeitslosigkeit	Vervielfältiger
6 Monate bis unter 12 Monate	5,0
12 Monate bis unter 24 Monate	6,0
24 Monate und länger	7,0

(6) Der Zentralitätsansatz wird den Gemeinden für die ermittelten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gewährt. Für die Berücksichtigung im Zentralitätsansatz wird die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit 0,15 multipliziert.

(7) Das Innenministerium und das Finanzministerium setzen für jedes Haushaltsjahr den einheitlichen Grundbetrag nach Absatz 1 in der Weise fest, dass der für Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden in dem entsprechenden Haushaltsjahr zur Verfügung gestellte Betrag aufgebraucht wird.

## **§ 10**

### **Ermittlung der Steuerkraftmesszahl für die Gemeinden**

(1) Die Steuerkraftmesszahl für jedes Haushaltsjahr ergibt sich aus der Summe der für die Gemeinden geltenden Steuerkraftzahlen der Gewerbesteuer, der Grundsteuern, des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer abzüglich der Steuerkraftzahl der Gewerbesteuerumlage.

(2) Als Steuerkraftzahlen werden zugrunde gelegt

1. bei der Gewerbesteuer das Ist-Aufkommen einer Referenzperiode, geteilt durch den im zweiten Halbjahr der Referenzperiode tatsächlich festgesetzten Hebesatz, multipliziert mit 403; soweit in der maßgeblichen Referenzperiode noch Zahlungen der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital für Vorjahre anfallen, werden diese berücksichtigt. Dabei wird das Ist-Aufkommen durch den im zweiten Halbjahr der Referenzperiode tatsächlich festgesetzten Hebesatz geteilt und mit 403 multipliziert.
2. Bei der Grundsteuer A das Ist-Aufkommen einer Referenzperiode, geteilt durch den im zweiten Halbjahr der Referenzperiode tatsächlich festgesetzten Hebesatz, multipliziert mit 192;

3. bei der Grundsteuer B das Ist-Aufkommen einer Referenzperiode, geteilt durch den im zweiten Halbjahr der Referenzperiode tatsächlich festgesetzten Hebesatz, multipliziert mit 381;
4. bei dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer das Ist-Aufkommen für die Zeit einer Referenzperiode
  - zuzüglich der in der Referenzperiode angefallenen Kompensationsleistungen an die Gemeinden für Verluste aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs nach den jeweiligen Gemeindefinanzierungsgesetzen,
  - unter Berücksichtigung der in diesem Zeitraum angefallenen Abrechnungsbeträge;
5. bei dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer das Ist-Aufkommen für die Zeit einer Referenzperiode;
6. bei der Gewerbesteuerumlage das Ist-Aufkommen einer Referenzperiode, geteilt durch den im zweiten Halbjahr der Referenzperiode tatsächlich festgesetzten Hebesatz, multipliziert mit den im zweiten Halbjahr der Referenzperiode festgesetzten Vervielfältigern für die Gewerbesteuerumlage.  
Soweit in der maßgeblichen Referenzperiode noch Zahlungen der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital für Vorjahre anfallen, werden diese berücksichtigt.

### **3. Unterabschnitt**

#### **Schlüsselzuweisungen an die Kreise**

##### **§ 11**

#### **Festsetzung der Schlüsselzuweisungen für die Kreise**

Die Kreise erhalten als Schlüsselzuweisung in jedem Haushaltsjahr den Unterschiedsbetrag

zwischen der für das jeweilige Haushaltsjahr maßgeblichen Ausgangsmesszahl (§ 12) und der für das jeweilige Haushaltsjahr maßgeblichen Umlagekraftmesszahl (§ 13)

## **§ 12**

### **Ermittlung der Ausgangsmesszahl für die Kreise**

(1) Die Ausgangsmesszahl eines Kreises wird ermittelt, indem der Gesamtansatz (Absatz 2) für das entsprechende Haushaltsjahr mit dem einheitlichen Grundbetrag (Absatz 5) für das entsprechende Haushaltsjahr vervielfältigt wird.

(2) Der Gesamtansatz wird aus dem Hauptansatz und dem Schüleransatz gebildet.

(3) Der Hauptansatz wird den Kreisen für jeden mit Hauptwohnsitz gemeldeten Einwohner gewährt. Die Einwohnerzahl entspricht dem Hauptansatz.

(4) Der Schüleransatz wird den Kreisen für jeden Schüler nach § 37 an Schulen in eigener Trägerschaft gewährt.

Die Regelung in § 9 Abs. 4 gilt entsprechend. Der in den Gesamtansatz nach Absatz 2 einfließende Schüleransatz beträgt 163 vom Hundert des so ermittelten Wertes.

(5) Das Innenministerium und das Finanzministerium setzen für jedes Haushaltsjahr den einheitlichen Grundbetrag nach Absatz 1 in der Weise fest, dass der für Schlüsselzuweisungen an die Kreise in dem entsprechenden Haushaltsjahr zur Verfügung gestellte Betrag aufgebraucht wird.

## **§ 13**

### **Ermittlung der Umlagekraftmesszahl für die Kreise**

Die Umlagekraftmesszahl für jedes Haushaltsjahr wird ermittelt, indem die in § 34 festgelegten Umlagegrundlagen mit einem einheitlichen Umlagesatz von 32 vom Hundert vervielfältigt werden.



#### 4. Unterabschnitt

##### **Schlüsselzuweisungen an die Landschaftsverbände**

###### **§ 14**

###### **Festsetzung der Schlüsselzuweisungen für die Landschaftsverbände**

Jeder Landschaftsverband erhält als Schlüsselzuweisung in jedem Haushaltsjahr den Unterschiedsbetrag zwischen der für das entsprechende Haushaltsjahr maßgeblichen Ausgangsmesszahl (§ 15) und der für das entsprechende Haushaltsjahr maßgeblichen Umlagekraftmesszahl (§ 16).

###### **§ 15**

###### **Ermittlung der Ausgangsmesszahl für die Landschaftsverbände**

(1) Die Ausgangsmesszahl eines Landschaftsverbandes wird ermittelt, indem die maßgebliche Einwohnerzahl für das entsprechende Haushaltsjahr mit dem einheitlichen Grundbetrag (Absatz 2) für das entsprechende Haushaltsjahr vervielfältigt wird.

(2) Das Innenministerium und das Finanzministerium setzen für jedes Haushaltsjahr den einheitlichen Grundbetrag nach Absatz 1 in der Weise fest, dass der für Schlüsselzuweisungen an die Landschaftsverbände in dem entsprechenden Haushaltsjahr zur Verfügung gestellte Betrag aufgebraucht wird.

###### **§ 16**

###### **Ermittlung der Umlagekraftmesszahl für die Landschaftsverbände**

Die Umlagekraftmesszahl für jedes Haushaltsjahr wird ermittelt, indem die in § 35 festgelegten Umlagegrundlagen mit einem einheitlichen Umlagesatz von 14 vom Hundert vervielfältigt werden.

## **B. Pauschale Zuweisungen für kommunale Investitionsmaßnahmen**

### **§ 17**

#### **Pauschale Zuweisungen zur Förderung investiver Maßnahmen von Gemeinden, Kreisen und Landschaftsverbänden**

(1) Zur pauschalen Förderung investiver Maßnahmen in den Jahren 2004 und 2005 werden die in der Anlage 3 zu § 4 Abs. 2 ausgewiesenen Mittel zur Verfügung gestellt.

(2) Von den Beträgen nach Absatz 1 erhalten die Gemeinden in den Jahren 2004 und 2005 eine allgemeine Investitionspauschale in Höhe der in der Anlage 3 zu § 4 Abs. 2 ausgewiesenen Beträge. Die Beträge werden zu sieben Zehnteln nach der für das jeweilige Haushaltsjahr maßgeblichen Einwohnerzahl und zu drei Zehnteln nach der für das jeweilige Haushaltsjahr maßgeblichen Gebietsfläche verteilt.

(3) Von den Beträgen nach Absatz 1 erhalten die kreisfreien Städte und Kreise zur Förderung investiver Maßnahmen in den Jahren 2004 und 2005 pauschale Zuweisungen in Höhe der in der Anlage 3 zu § 4 Abs. 2 ausgewiesenen Beträge. Die Beträge werden nach der für das Haushaltsjahr maßgeblichen Zahl der mit Hauptwohnsitz gemeldeten Einwohner über 65 Jahre verteilt. Die pauschalen Zuweisungen sind in erster Linie für Maßnahmen zur Verbesserung der Altenhilfe und -pflege einzusetzen.

(4) Von den Beträgen nach Absatz 1 erhalten die Landschaftsverbände zur Förderung investiver Maßnahmen in den Jahren 2004 und 2005 pauschale Zuweisungen in Höhe der in der Anlage 3 zu § 4 Abs. 2 ausgewiesenen Beträge. Die Beträge werden nach der für das Haushaltsjahr maßgeblichen Einwohnerzahl verteilt. Die pauschalen Zuweisungen sind in erster Linie für investive Maßnahmen im Zusammenhang mit der Eingliederungshilfe einzusetzen.

(5) Die Euro-Beträge je Einwohner, je tausend Quadratmeter Gebietsfläche und je Einwohner über 65 Jahre werden für jedes Haushaltsjahr vom Innenministerium und Finanzministerium ermittelt und festgesetzt.

### **C. Sonderpauschalzuweisungen**

#### **§ 18**

#### **Pauschale Zuweisungen zur Unterstützung kommunaler Aufwendungen im Schulbereich**

(1) Die Höhe der zur Unterstützung kommunaler Aufwendungen im Schulbereich für die Jahre 2004 und 2005 zur Verfügung gestellten Mittel ergibt sich aus Anlage 3 zu § 4 Abs. 2. Die Mittel können von den Gemeinden und Gemeindeverbänden im Rahmen des § 30 Schulverwaltungsgesetz (SchVG) für den Bau, die Modernisierung und Sanierung, den Erwerb, Miete und Leasing von Schulgebäuden sowie die Einrichtung und Ausstattung von Schulgebäuden eingesetzt werden.

(2) Die Verteilung der Mittel erfolgt gemäß § 37 Abs. 4 auf der Basis der Schülerzahl der jeweils maßgeblichen Schulstatistik für die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen.

(3) Bei der Verteilung der Mittel nach Absatz 2 ist zu berücksichtigen, dass jeder Gemeinde, die Schulträger ist, im jeweiligen Haushaltsjahr ein Mindestbetrag von 175 000 EUR, jedem Kreis, der Schulträger ist, im jeweiligen Haushaltsjahr ein Mindestbetrag von 300 000 EUR und jedem Landschaftsverband als Schulträger im jeweiligen Haushaltsjahr ein Mindestbetrag von 1 500 000 EUR gewährt wird.

#### **§ 19**

#### **Pauschale Zuweisungen an Gemeinden zur Unterstützung investiver kommunaler Aufwendungen im Sportbereich**

(1) Die Höhe der zur Unterstützung investiver kommunaler Aufwendungen im Sportbereich für die Jahre 2004 und 2005 zur Verfügung gestellten Mittel ergibt sich aus Anlage 3 zu § 4 Abs. 2. Die Mittel sind von den Gemeinden für den Neu-, Um- und Erweiterungsbau und die Modernisierung von Sportstätten einzusetzen.

(2) Die Verteilung der Mittel erfolgt nach der für das Haushaltsjahr maßgeblichen Einwohnerzahl gem. § 37 Abs. 3.

## **D. Besondere Zuweisungen außerhalb des Schlüsselzuweisungssystems**

### **§ 20**

**Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände aufgrund besonderer Bedarfe, die nicht im Schlüsselzuweisungssystem berücksichtigt sind und einmalige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Überwindung außergewöhnlicher Belastungs- und besonderer Bedarfssituationen**

(1) Die Höhe der für die Jahre 2004 und 2005 zur Verfügung gestellten Mittel für Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände aufgrund besonderer Bedarfe, die nicht im Schlüsselzuweisungssystem berücksichtigt sind, und für einmalige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Überwindung außergewöhnlicher Belastungs- und besonderer Bedarfssituationen ergibt sich aus Anlage 3 zu § 4 Abs. 2.

(2) Die Mittel nach Abs. 1 sind bestimmt für

1. Zuweisungen an die Stadt Bonn zum Ausgleich besonderer Belastungen durch Dienststellen des Bundes für die Jahre 2004 und 2005 entsprechend der Anlage 6 zu diesem Gesetz;
2. pauschale Zuweisungen an Gemeinden zum Ausgleich besonderer Belastungen aus ihrer Funktion als anerkannter Kurort für die Jahre 2004 und 2005 entsprechend der Anlage 6 zu diesem Gesetz; die empfangsberechtigten Gemeinden und der der jeweiligen Gemeinde zustehende Betrag werden jährlich vom Innenministerium und Finanzministerium festgesetzt;

3. pauschale Zuweisungen an Gemeinden zum Ausgleich besonderer Härten bei der Erhebung von Abwassergebühren (§ 76 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. April 2002 (GV. NRW. S. 160) für die Jahre 2004 und 2005 entsprechend der Anlage 6 zu diesem Gesetz; die empfangsberechtigten Gemeinden und der der jeweiligen Gemeinde zustehende Betrag werden jährlich vom Innenministerium und Finanzministerium festgesetzt; die Zuweisungen bleiben bei der Ermittlung der ansatzfähigen Kosten nach § 6 Abs. 2 Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen außer Betracht;
4. pauschale Zuweisungen an die Landschaftsverbände zur Milderung der Kosten, die durch die landschaftliche Kulturpflege nach § 5 Abs. 1 Buchstabe c der Landschaftsverbandsordnung (LVerbO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 657), zuletzt geändert durch Gesetz vom 09. Mai 2000 (GV. NRW. S. 462), entstehen für die Jahre 2004 und 2005 entsprechend der Anlage 6 zu diesem Gesetz; der Betrag wird zu jeweils der Hälfte auf den Landschaftsverband Westfalen-Lippe sowie den Landschaftsverband Rheinland aufgeteilt;
5. pauschale Zuweisungen zur Milderung von Aufwendungen im Zusammenhang mit der Stationierung von Gaststreitkräften für die Jahre 2004 und 2005 entsprechend der Anlage 6 zu diesem Gesetz; die empfangsberechtigten Gemeinden und der der jeweiligen Gemeinde zustehende Betrag werden jährlich vom Innenministerium und Finanzministerium festgesetzt.

(3) Aus Mitteln nach Absatz 1 können Gemeinden und Gemeindeverbänden in den Jahren 2004 und 2005 einmalige Zuweisungen zur Überwindung außergewöhnlicher Belastungssituationen und einmalige Zuweisungen für besondere Situationen von Gemeinden und Gemeindeverbänden gewährt werden. Sie können u. a. gewährt werden für

1. Zuweisungen zu Maßnahmen, die der Weiterentwicklung der kommunalen Selbstverwaltung (u. a. neues kommunales Finanzmanagement) dienen;
2. Zuweisungen zum einmaligen Ausgleich von Härten, die sich bei der Durchführung des Finanzausgleichs ergeben.

## **Zweiter Abschnitt**

### **Zweckgebundene Zuweisungen**

#### **§ 21**

#### **Zuweisungen zu Maßnahmen der Stadterneuerung**

(1) In den Jahren 2004 und 2005 werden für Zuweisungen zur Förderung von Maßnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände zur Stadterneuerung Mittel entsprechend der Anlage 3 zu § 4 Abs. 2 zur Verfügung gestellt.

(2) Von den Mitteln nach Absatz 1 können jährlich bis zu 15 vom Hundert zur ergänzenden Komplementärfinanzierung der zugesagten Bundesmittel für die Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt - eingesetzt werden.

**§ 22****Zuweisungen zu Maßnahmen der  
Denkmalpflege  
und  
zur Förderung kleinerer privater Denk-  
malpflegemaßnahmen**

(1) In den Jahren 2004 und 2005 werden für Zuweisungen zur Förderung denkmalpflegerischer Maßnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände Mittel entsprechend der Anlage 3 zu § 4 Abs. 2 zur Verfügung gestellt.

(2) In den Jahren 2004 und 2005 werden für Zuweisungen zur Förderung bodendenkmalpflegerischer Maßnahmen der Gemeinden oder Gemeindeverbände Mittel entsprechend der Anlage 3 zu § 4 Abs. 2 zur Verfügung gestellt.

(3) Die Mittel nach Absatz 1 können jährlich bis zu 40 vom Hundert für Zuweisungen zur Förderung kleinerer privater Denkmalpflegemaßnahmen den Gemeinden und Gemeindeverbänden pauschal zur Verfügung gestellt werden.

**§ 23****Zuweisungen zu kommunalen Museums-  
bauten**

In den Jahren 2004 und 2005 werden für Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten und des Erwerbs von Museen Mittel entsprechend der Anlage 3 zu § 4 Abs. 2 zur Verfügung gestellt.

**§ 24****Zuweisungen zur Ausfinanzierung bewilligter Sportstättenbauten**

In den Jahren 2004 und 2005 werden zur Ausfinanzierung bewilligter Förderungen von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten und der Modernisierung von Sportstätten durch Gemeinden und Gemeindeverbänden Mittel entsprechend der Anlage 3 zu § 4 Abs. 2 zur Verfügung gestellt.

**§ 25****Zuweisungen zur ökologischen Gestaltung im Emscher-Lippe-Raum**

In den Jahren 2004 und 2005 werden den im Einzugsgebiet liegenden Gemeinden und Gemeindeverbänden für Zuweisungen zur Förderung von Maßnahmen der ökologischen Gestaltung im Emscher-Lippe-Raum einschließlich von Pflegemaßnahmen zur endgültigen Herstellung geförderter Projekte Mittel entsprechend der Anlage 3 zu § 4 Abs. 2 zur Verfügung gestellt.

**§ 26****Zuweisungen zur Gefährdungsabschätzung und Sanierung von Altablagerungen und Altstandorten**

In den Jahren 2004 und 2005 werden für Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Gefährdungsabschätzungen und Sanierungen von Altablagerungen und Altstandorten Mittel entsprechend der Anlage 3 zu § 4 Abs. 2 zur Verfügung gestellt.

**§ 27****Zuwendungen für kommunale Theaterförderung**

In den Jahren 2004 und 2005 werden für die kommunale Theaterförderung Mittel entsprechend der Anlage 3 zu § 4 Abs. 2 zur Verfügung gestellt.



**§ 28****Zuweisungen zur Entwicklung entbehrlischer Flächen im Bahnflächenpool Nordrhein-Westfalen**

Im Jahr 2004 werden für Zuweisungen zur Vorbereitung des Erwerbs von entbehrlischen Bahnflächen durch Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des Bahnflächenpools Nordrhein-Westfalen einschließlich des Aufbaus des Kompetenzzentrums Bahnflächenpool NRW Mittel entsprechend der Anlage 3 zu § 4 Abs. 2 zur Verfügung gestellt.

**Dritter Abschnitt****Abrechnungsverfahren vorangegangener Steuerverbünde****§ 29****Abrechnungsverfahren für das Haushaltsjahr 2002**

(1) Der Abrechnungsbetrag des Steuerverbundes 2002 ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Haushaltsansätze im Haushaltsplan 2002, die der Berechnung des in § 2 Gemeindefinanzierungsgesetz 2002 (GV. NRW. 2001, S. 887) festgesetzten Steuerverbundes zu Grunde liegen, mit den entsprechenden Ergebnissen der Haushaltsrechnung des Landes für das Haushaltsjahr 2002.

(2) Der nach Absatz 1 ermittelte Abrechnungsbetrag wird entsprechend dem Anteil der Zuweisungen nach § 6 Ziff. 1, 2 und 3 und § 17 Abs. 2 Gemeindefinanzierungsgesetz 2002 an den Gesamtzuweisungen nach § 3 Abs. 1 Ziff. 2 und 3 Gemeindefinanzierungsgesetz 2002 aufgeteilt. Die jeweiligen Teilbeträge werden für die Neuberechnung nach Absatz 3 bei den Zuweisungen nach § 6 Ziff. 1, 2 und 3 und § 17 Abs. 2 Gemeindefinanzierungsgesetz 2002 zugerechnet bzw. abgezogen.

(3) Die Zuweisungen nach § 6 Ziff. 1, 2 und 3 und § 17 Abs. 2 Gemeindefinanzierungsgesetz 2002 werden unter Berücksichtigung der Korrekturbeträge nach Absatz 2 für jede Gemeinde, jeden Kreis und jeden Landschaftsverband nach den Verteilkriterien des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2002 neu berechnet, festgesetzt und mit den tatsächlichen Zuweisungen in 2002 saldiert. Der Unterschiedsbetrag stellt den Abrechnungsbetrag für jede Gemeinde, jeden Kreis und jeden Landschaftsverband dar.

(4) Der Ausgleich erfolgt im Haushaltsjahr 2004 mit den entsprechenden Zuweisungen nach § 38 anteilig zu den festgesetzten Terminen.

(5) Das Innenministerium und das Finanzministerium ermitteln den Abrechnungsbetrag nach den Absätzen 1 bis 3 und setzen ihn fest.

### **§ 30**

#### **Abrechnungsverfahren für das Haushaltsjahr 2003**

(1) Der Abrechnungsbetrag des Steuerverbundes 2003 ergibt sich aus der Gegenüberstellung der Haushaltsansätze im Haushaltsplan 2003, die der Berechnung des in § 2 Gemeindefinanzierungsgesetz 2003 (GV. NRW. 2003, S. 372) festgesetzten Steuerverbundes zu Grunde liegen, mit den entsprechenden Ergebnissen der Haushaltsrechnung des Landes für das Haushaltsjahr 2003.

(2) Der nach Absatz 1 ermittelte Abrechnungsbetrag wird entsprechend dem Anteil der Zuweisungen nach § 6 Ziff. 1, 2 und 3 und § 17 Abs. 1 Gemeindefinanzierungsgesetz 2003 an den Gesamtzuweisungen nach § 3 Abs. 1 Ziff. 2 und 3 Gemeindefinanzierungsgesetz 2003 aufgeteilt. Die jeweiligen Teilbeträge werden für die Neuberechnung nach Absatz 3 bei den Zuweisungen nach § 6 Ziff. 1, 2 und 3 und § 17 Abs. 1 Gemeindefinanzierungsgesetz 2003 zugerechnet bzw. abgezogen.

(3) Die Zuweisungen nach § 6 Ziff. 1, 2 und 3 und § 17 Abs. 1 Gemeindefinanzierungsgesetz 2003 werden unter Berücksichtigung der Korrekturbeträge nach Absatz 2 für jede Gemeinde, jeden Kreis und jeden Landschaftsverband nach den Verteilkriterien des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2003 neu berechnet, festgesetzt und mit den tatsächlichen Zuweisungen in 2003 saldiert. Der Unterschiedsbetrag stellt den Abrechnungsbetrag für jede Gemeinde, jeden Kreis und jeden Landschaftsverband dar.

(4) Der Ausgleich erfolgt im Haushaltsjahr 2005 mit den entsprechenden Zuweisungen nach § 38 anteilig zu den festgesetzten Terminen.

(5) Das Innenministerium und das Finanzministerium ermitteln den Abrechnungsbetrag nach den Absätzen 1 bis 3 und setzen ihn fest.

### **Dritter Teil**

#### **Zuweisungen außerhalb des Steuerverbundes**

##### **Erster Abschnitt**

##### **Leistungen nach näherer Bestimmung dieses Gesetzes**

###### **§ 31**

###### **Zuweisungen zu den Kosten der Lastenausgleichsverwaltung bei kreisfreien Städten und Kreisen**

(1) Die kreisfreien Städte und Kreise, bei denen Ausgleichsämter eingerichtet sind, erhalten Zuweisungen entsprechend dem Haushaltsplan für die durch die Durchführung der Verwaltungsaufgaben auf dem Gebiet des Lastenausgleichs entstehenden Verwaltungskosten in der in der Anlage 7 zu diesem Gesetz angegebenen Höhe.

(2) Aus den gemäß Absatz 1 bereitgestellten Mitteln werden die Verwaltungskosten für Sonderzuständigkeiten und Vororttätigkeiten voll, im Bereich der Allgemeinzuständigkeit der Ausgleichsämter anteilig erstattet.

Einzelheiten der Zuweisungen regelt das Finanzministerium.

(3) Ist ein Ausgleichsamt für den Bereich mehrerer Kreise und/oder kreisfreier Städte zuständig, werden die durch die Zuweisung des Landes nicht gedeckten Verwaltungskosten von den beteiligten Gebietskörperschaften anteilig getragen.

Wird eine einvernehmliche Regelung nicht erzielt, entscheidet auf Antrag eines der Beteiligten die im Bereich der Ausgleichsverwaltung zuständige Bezirksregierung; bei der Entscheidung ist die Zahl der Fälle zugrunde zu legen.

## **§ 32**

### **Kompensationsleistungen an die Gemeinden für Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs**

(1) Den Gemeinden wird zum Ausgleich ihrer zusätzlichen Belastungen aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs ein Anteil von 26 vom Hundert des Mehraufkommens der Umsatzsteuer zugewiesen, das dem Land gemäß § 1 Abs. 1 Satz 4 des Finanzausgleichsgesetzes vom 23. Juni 1993 (BGBl. I S. 944, 977), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3955), zusteht.

(2) Der auf die Gemeinden entfallende Anteil wird nach dem Schlüssel verteilt, der in der jeweils geltenden Verordnung über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und Abführung der Gewerbesteuerumlage für die entsprechenden Haushaltsjahre festgesetzt ist.

(3) Die auf die Gemeinden zu verteilenden Beträge für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 werden vorläufig auf die sich aus der Anlage 8 zu diesem Gesetz ergebenden Beträge festgesetzt und mit je einem Viertel zu den in der jeweils geltenden Verordnung über die Aufteilung und Auszahlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer und Abführung der Gewerbesteuerumlage für die entsprechenden Haushaltsjahre genannten Terminen für die Abschlagszahlungen bzw. Vorauszahlung auf die Schlussabrechnung ausgezahlt.

(4) Nach Ablauf eines Haushaltsjahres wird der den Gemeinden zustehende Anteilsbetrag auf der Grundlage der vorläufigen Abrechnung der Umsatzsteuerverteilung und des Finanzausgleichs unter den Ländern abschließend ermittelt und festgesetzt. Nach Anrechnung der geleisteten Abschlagszahlungen wird der Unterschiedsbetrag mit der nächstmöglichen Abschlagszahlung ausgeglichen.

(5) Einzelheiten der Ermittlung und Zahlbarmachung der Zuweisungen regeln das Finanzministerium und das Innenministerium.

## **Zweiter Abschnitt**

### **§ 33**

#### **Zuweisungen nach Maßgabe des Haushaltsplans**

Das Land gewährt den Gemeinden und Gemeindeverbänden in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 unter Berücksichtigung der aus dem Steuerverbund einbehaltenen Mittel nach § 2 Abs. 3 Zuweisungen nach Maßgabe des Haushaltsplans.

Die haushaltsmäßige Zuordnung, die Zweckbestimmung der Zuweisungen und die Haushaltsansätze werden vom Innenministerium und Finanzministerium nach Verkündung dieses Gesetzes bekannt gegeben.

## Vierter Teil

### Umlagen, Umlagegrundlagen

#### § 34

#### Kreisumlage

(1) Die Kreisumlage nach § 56 Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 646), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. April 2002 (GV. NRW. S. 160), wird für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 in Hundertsätzen der für das entsprechende Jahr festgelegten Umlagegrundlagen festgesetzt. Umlagegrundlagen zur Erhebung der Kreisumlage für die Jahre 2004 und 2005 sind

- die in den entsprechenden Jahren festgesetzten Steuerkraftmesszahlen (§ 10) der kreisangehörigen Gemeinden abzüglich der in der entsprechenden Referenzperiode angefallenen Kompensationsleistungen für Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleich;
- die in den entsprechenden Jahren festgesetzten Schlüsselzuweisungen (§ 8) der kreisangehörigen Gemeinden unter Berücksichtigung der in diesen Jahren angefallenen Abrechnungsbeträge;
- die in den entsprechenden Jahren vorläufig festgesetzten Ausgleichsbeträge der kreisangehörigen Gemeinden nach dem Solidarbeitragsgesetz;
- die in den entsprechenden Jahren endgültig festgesetzten Ausgleichsbeträge der kreisangehörigen Gemeinden unter Berücksichtigung der bereits vorläufig erbrachten Zahlungen nach dem Solidarbeitragsgesetz;

- die in den Jahren 2004 und 2005 gezahlten Kompensationsleistungen an die kreisangehörigen Gemeinden für Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs;

Für die Festsetzung einer ausschließlichen Belastung oder einer Mehr- oder Minderbelastung einzelner Teile des Kreises gilt Satz 1 entsprechend.

(2) Die Umlagegrundlagen nach Absatz 1 für das Haushaltsjahr 2005 gelten über das Haushaltsjahr 2005 hinaus bis zum Inkrafttreten des neuen Gemeindefinanzierungsgesetzes für das dem Haushaltsjahr folgende Jahr.

### **§ 35**

#### **Landschaftsumlage**

(1) Die Landschaftsumlage nach § 22 LVerbO wird für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 in Hundertsätzen der für das entsprechende Haushaltsjahr geltenden Umlagegrundlagen festgesetzt. Umlagegrundlagen zur Erhebung der Landschaftsumlage für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 sind

- die in den entsprechenden Jahren festgesetzten Steuerkraftmesszahlen (§ 10) der kreisfreien Städte abzüglich der in der entsprechenden Referenzperiode angefallenen Kompensationsleistungen für Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs;
- die in den entsprechenden Jahren festgesetzten Schlüsselzuweisungen der kreisfreien Städte (§ 8) unter Berücksichtigung der in diesen Jahren angefallenen Abrechnungsbeträge;
- die in den entsprechenden Jahren festgesetzten Umlagegrundlagen (§ 34 Abs. 1) und Schlüsselzuweisungen (§ 11) der Kreise unter Berücksichtigung der in diesen Jahren angefallenen Abrechnungsbeträge;

- die in den entsprechenden Jahren vorläufig festgesetzten Ausgleichsbeträge der kreisfreien Städte nach dem Solidarbeitragsgesetz;
- die in den entsprechenden Jahren endgültig festgesetzten Ausgleichsbeträge der kreisfreien Städte unter Berücksichtigung der bereits vorläufig erbrachten Zahlungen nach dem Solidarbeitragsgesetz;
- die in den Jahren 2004 und 2005 gezahlten Kompensationsleistungen an die kreisfreien Städte für Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs;

(2) § 34 Abs. 2 gilt entsprechend.

### **§ 36**

#### **Verbandsumlage des Kommunalverbandes Ruhrgebiet**

Für die Verbandsumlage des Kommunalverbandes Ruhrgebiet gilt § 35 entsprechend.

### **Fünfter Teil**

#### **Gemeinsame Vorschriften und Verfahren**

### **§ 37**

#### **Grundlagen zur Erhebung und Anwendung von Daten zur Berechnung allgemeiner Zuweisungen aus dem Steuerverbund**

(1) Die zur Berechnung der allgemeinen Zuweisungen nach den §§ 6 bis 20 erforderlichen Daten werden nach Maßgabe dieses Gesetzes den entsprechenden amtlichen Statistiken entnommen. Die Daten der amtlichen Statistiken sind für die Ermittlung der Zuweisungen aus dem Steuerverbund bindend. Für diese Daten findet das Berichtigungsverfahren nach § 39 keine Anwendung.



(2) Soweit Daten von Gemeinden und Gemeindeverbänden erforderlich sind, die nicht aus amtlichen Statistiken entnommen werden können, werden diese nach Maßgabe des Innenministeriums und des Finanzministeriums unmittelbar bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden oder den zuständigen Stellen erhoben.

Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind unter Beachtung der kommunalverfassungsrechtlichen Vertretungsregelungen verpflichtet, den zuständigen obersten Landesbehörden, dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen und den Aufsichtsbehörden alle zur Errechnung und Festsetzung erforderlichen Auskünfte fristgerecht und vollständig zu erteilen. Werden die notwendigen Auskünfte nicht oder nicht rechtzeitig erteilt, so können das Innenministerium und das Finanzministerium bestimmen, dass geschätzte Zahlen zugrunde gelegt werden oder die Berücksichtigung entsprechender Ansätze für die betroffenen Gemeinden und Gemeindeverbände für den Finanzausgleich unterbleibt. § 39 findet in diesen Fällen keine Anwendung.

(3) Als Einwohnerzahl im Sinne dieses Gesetzes gilt für die jeweiligen Haushaltsjahre die vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen fortgeschriebene Bevölkerung zum Stichtag 31. Dezember des dem entsprechenden Haushaltsjahr vorvorangegangenen Jahres.

(4) Als Zahl der Schüler im Sinne des § 9 Abs. 4, des § 13 Abs. 4 und des § 18 gilt für die jeweiligen Haushaltsjahre die in der vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen geführten Schulstatistik festgesetzte Schülerzahl zum Stichtag 15. Oktober des dem entsprechenden Haushaltsjahr vorvorangegangenen Jahres.

(5) Als Zahl der dauerhaft Arbeitslosen im Sinne des § 9 Abs. 5 gilt für die jeweiligen Haushaltsjahre die von der Bundesanstalt für Arbeit ermittelte Arbeitslosenzahl zum Stichtag 30. Juni des dem entsprechenden Haushaltsjahr vorangegangenen Jahres.

(6) Als Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Sinne des § 9 Abs. 6 gilt für die jeweiligen Haushaltsjahre die von der Bundesanstalt für Arbeit vorläufig ermittelte Zahl zum Stichtag 31. Dezember des dem entsprechenden Haushaltsjahr vorvorangegangenen Jahres unter Berücksichtigung von Abweichungen aufgrund der von der Bundesanstalt für Arbeit endgültig festgesetzten Ergebnisse in den Jahren 2006 und 2007. Abweichungen zu dem von der Bundesanstalt für Arbeit nach Ablauf von drei Jahren endgültig festgesetzten Ergebnis werden bei der Berechnung des Zentralitätsansatzes für die Steuerverbünde 2008 und 2009 berücksichtigt. Das Berichtigungsverfahren im Sinne von § 39 findet keine Anwendung.

(7) Die Referenzperiode für die Ermittlung der Steuerkraft nach § 10 Abs. 2 wird für das Haushaltsjahr 2004 auf den Zeitraum 1. Juli 2002 bis 30. Juni 2003 und für das Haushaltsjahr 2005 auf den Zeitraum 1. Juli 2003 bis 30. Juni 2004 festgesetzt.

(8) Als Gebietsfläche im Sinne des § 17 Abs. 2 ist für jedes Haushaltsjahr der Gebietsstand zum Stichtag 31. Dezember des dem entsprechenden Haushaltsjahr vorvorangegangenen Jahres zugrunde zu legen, der im Jahresabschluss des Liegenschaftskatasters ermittelt und an das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen abgegeben wurde.

(9) Für die Berechnung der pauschalen Zuweisungen an Gemeinden zum Ausgleich besonderer Belastungen aus ihrer Funktion als anerkannter Kurort nach § 20 Abs. 2 Nr. 2 werden für die jeweiligen Haushaltsjahre die Übernachtungen aus der amtlichen Beherbergungsstatistik zum Stichtag 30. Juni des dem entsprechenden Haushaltsjahr vorangegangenen Jahres zugrundegelegt.

(10) Für die Berechnung der pauschalen Zuweisungen an Gemeinden zum Ausgleich besonderer Härten bei der Erhebung von Abwassergebühren nach § 20 Abs. 2 Nr. 3 werden in angemessenen Zeiträumen Erhebungen des Innenministeriums über die Höhe der satzungsmäßig erhobenen Abwassergebühren durchgeführt.

(11) Für die Berechnung der pauschalen Zuweisungen an Gemeinden zur Milderung von Aufwendungen im Zusammenhang mit der Stationierung von Gaststreitkräften nach § 20 Abs. 2 Nr. 5 werden in angemessenen Zeiträumen Erhebungen des Innenministeriums bei den zuständigen Stellen der Gaststreitkräfte über die Anzahl der außerhalb der Kasernen wohnenden Personen und ihrer Angehörigen durchgeführt.

### **§ 38**

#### **Verfahrensregelungen zur Ermittlung, Festsetzung und Auszahlung der allgemeinen Zuweisungen aus dem Steuerverbund 2004 und 2005**

(1) Die auf die Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände entfallenden allgemeinen Zuweisungen nach den §§ 6 bis 20 für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 sowie die Abrechnungsbeträge nach den §§ 29 und 30 werden jährlich durch das Innenministerium und das Finanzministerium errechnet und festgesetzt, sofern sie nicht bereits als Anlage zu diesem Gesetz ausgewiesen sind.

(2) Das Innenministerium und das Finanzministerium werden ermächtigt, die für die jeweiligen Haushaltsjahre ermittelten Ansätze zur Festlegung des Bedarfs nach den §§ 9, 12 und 15 und zur Festlegung der Einnahmekraft nach den §§ 10, 13 und 16, die der Berechnung der Schlüsselzuweisungen zugrunde zu legen sind, ausnahmsweise für einzelne Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände abweichend festzusetzen, wenn sie den Grundsätzen des Finanz- und Lastenausgleichs nicht angemessen gerecht werden.

Das Innenministerium und das Finanzminis-

terium können auch eine auf Dauer angelegte Beteiligung von Gemeinden und Gemeindeverbänden an interkommunalen Gewerbegebieten berücksichtigen, wenn dies erforderlich ist, um eine den Grundsätzen eines verteilungsgerechten Finanzausgleichs entsprechende Anrechnung der Steuerkraft sicherzustellen.

(3) Die Schlüsselzuweisungen nach § 7, die pauschalen Zuweisungen zur Förderung investiver Maßnahmen nach § 17, die pauschalen Zuweisungen zur Unterstützung kommunaler Aufwendungen im Schulbereich nach § 18 und die pauschalen Zuweisungen für investive kommunale Aufwendungen im Sportbereich nach § 19 werden zu den in Anlage 9 ausgewiesenen Terminen mit den dort festgesetzten Anteilen ausgezahlt.

(4) Sofern die Festsetzung der Schlüsselzuweisungen nach § 7, der pauschalen Zuweisungen zur Förderung investiver Maßnahmen nach § 17, der pauschalen Zuweisungen zur Unterstützung kommunaler Aufwendungen im Schulbereich nach § 18 und der pauschalen Zuweisungen für investive kommunale Aufwendungen im Sportbereich nach § 19 für das Jahr 2004 nicht vor dem ersten in Anlage 9 festgesetzten Auszahlungstermin erfolgt ist, werden das Innenministerium und das Finanzministerium ermächtigt, zu diesem Zahlungstermin Abschlagszahlungen bis zur Höhe der für das Haushaltsjahr 2004 vorgesehenen Beträge auszuführen. In besonderen Fällen können das Innenministerium und das Finanzministerium die Höhe der Abschlagszahlung für einzelne Gemeinden gesondert festsetzen. Die Abschlagszahlungen werden nach der endgültigen Festsetzung mit der ersten ordentlichen Zahlung nach der Festsetzung aufgrund dieses Gesetzes verrechnet.

(5) Die Auszahlungstermine der Mittel für Zuweisungen nach § 20 in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 werden vom Innenministerium und Finanzministerium festgesetzt.

(6) Leistungen nach diesem Gesetz an die einzelnen Gemeinden und Kreise werden für das jeweilige Haushaltsjahr durch Bescheid der Bezirksregierungen festgesetzt. Das Innenministerium und das Finanzministerium können bestimmen, dass die Bescheide der Bezirksregierungen den Gemeinden und Kreisen unmittelbar durch das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen zuzuleiten sind. Einwendungen gegen die Bescheide sind durch Widerspruch geltend zu machen.

Leistungen nach diesem Gesetz an die Landschaftsverbände werden für das jeweilige Haushaltsjahr durch Erlass des Innenministeriums und des Finanzministeriums festgesetzt.

(7) Nach näherer Bestimmung des Innenministeriums und des Finanzministeriums können im Haushaltsjahr 2006 für Schlüsselzuweisungen, pauschale Zuweisungen zur Förderung investiver Maßnahmen und für pauschale Zuweisungen für kommunale Aufwendungen im Schulbereich Abschlagszahlungen bis zur Höhe der jeweils im Haushaltsjahr 2005 zu den entsprechenden Terminen gezahlten Teilbeträgen geleistet werden, wenn diese bereits vor der Verkündung des für das Jahr 2006 geltenden Gemeindefinanzierungsgesetzes notwendig werden. Die Abschlagszahlungen werden mit der ersten ordentlichen Zahlung nach Verkündung des neuen Gemeindefinanzierungsgesetzes verrechnet.

### **§ 39**

#### **Ausgleich fehlerhafter Zuweisungen aus dem Steuerverbund**

(1) Stellen sich bis längstens drei Jahre nach Festsetzung der Schlüsselzuweisungen nach § 7, der pauschalen Zuweisungen zur Förderung investiver Maßnahmen nach § 17 und der pauschalen Zuweisungen zur Unterstützung kommunaler Aufwendungen im Schulbereich nach § 18 Unrichtigkeiten heraus, die nicht auf Daten aus amtlichen Statistiken zurückzuführen sind, so können diese auf Antrag der Zuweisungsempfänger berichtigt werden, wenn die Summe der Berichtigungen eines Jahres den Betrag von 12 800 EUR übersteigt.

Im Übrigen gilt das Verwaltungsverfahren-

gesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (SGV. NRW. 2010).

(2) Die für Berichtigungen erforderlichen Beträge werden vorab mit den in den jeweiligen Haushaltsjahren zur Verfügung gestellten Schlüsselzuweisungen nach § 7, den pauschalen Zuweisungen zur Förderung investiver Maßnahmen nach § 17 und den pauschalen Zuweisungen zur Unterstützung kommunaler Aufwendungen im Schulbereich nach § 18 verrechnet.

(3) Berichtigungen nach Absatz 1 können mit allen Leistungen mit Ausnahme zweckgebundener Zuweisungen und Zuweisungen nach Maßgabe des Haushaltsplans verrechnet werden.

#### **§ 40**

#### **Bewirtschaftung der Mittel des Steuerverbundes**

(1) Die Bewirtschaftung der Mittel für allgemeine Zuweisungen nach den §§ 6 bis 20 regeln das Innenministerium und das Finanzministerium.

(2) Die Bewirtschaftung der Mittel für zweckgebundene Zuweisungen nach den §§ 21 bis 24 regeln das Innenministerium und das Finanzministerium im Einvernehmen mit den jeweils fachlich zuständigen Ministerien.

(3) Die Bewirtschaftung der Mittel für zweckgebundene Zuweisungen nach den §§ 25 und 26 regelt das fachlich zuständige Ministerium im Einvernehmen mit dem Innenministerium und dem Finanzministerium.

(4) Die Bewirtschaftung der Mittel für zweckgebundene Zuweisungen nach § 27 regelt das fachlich zuständige Ministerium.

(5) Die Bewirtschaftung der Mittel für zweckgebundene Zuweisungen nach § 28 regelt das fachlich zuständige Ministerium im Einvernehmen mit dem Innenministerium und dem Finanzministerium.

**§ 41****Förderungsgrundsätze für alle zweckgebundenen Zuweisungen**

(1) Bei allen zweckgebundenen Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände stellen die zuständigen Ministerien im Einvernehmen mit dem Innenministerium sicher, dass bei der Bewilligung der Zuweisungen auch die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gebietskörperschaften und ihre Beteiligung am Finanz- und Lastenausgleich berücksichtigt werden.

(2) Förderprogramme bedürfen insoweit der Zustimmung des Innenministeriums, als sie Zuweisungen zu Investitionsmaßnahmen von Gemeinden und Gemeindeverbänden enthalten, die zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes nach § 75 Abs. 4 GO oder § 53 Abs. 1 KrO i. V. m. § 75 Abs. 4 GO verpflichtet sind. Die Förderung von Einzelmaßnahmen der Gemeinden, die ihrer gesetzlichen Verpflichtung zum Haushaltsausgleich nicht nachkommen, bedarf der kommunalaufsichtlichen Zustimmung durch die Bezirksregierung, soweit diese Maßnahmen nicht bereits in einem genehmigten Haushaltssicherungskonzept enthalten sind.

**§ 42****Sonderregelungen für zweckgebundene Zuweisungen im Steuerverbund**

(1) Zuweisungen gemäß den §§ 21, 22, 23, 24, 25, 26 und 27 können ausnahmsweise auch an nichtkommunale Träger gewährt werden, soweit sie Maßnahmen durchführen, deren Erfüllung ansonsten den Gemeinden und Gemeindeverbänden obliegt. Mit Ausnahme der Zuweisungen nach § 22 Abs. 3 dürfen Zuweisungen nur gewährt werden, wenn sich der nichtkommunale Träger verpflichtet, die Einrichtung in dem für gemeindliche Einrichtungen üblichen Rahmen für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen und zugleich sicherstellt, dass die Einrichtung bei Wegfall oder Vermögenslosigkeit des nichtkommunalen Trägers an die Gemeinde oder den Gemeindeverband zurückfällt.

(2) Den Gemeinden und Gemeindeverbänden können zweckgebundene Zuweisungen auch zur Durchführung von Maßnahmen eines nichtkommunalen Trägers gewährt werden, wenn die Kommune einen beherrschenden Einfluss auf dessen Entscheidungen ausüben kann und rechtsverbindlich sicherstellt, dass die empfangenen Zuweisungen für die Dauer der Zweckbindung zweckentsprechend eingesetzt werden.

#### **§ 43**

##### **Kürzungsermächtigung**

Das Innenministerium und das Finanzministerium sind ermächtigt, allgemeine oder zweckgebundene Zuweisungen um den Betrag solcher fälligen Forderungen zu kürzen, auf die das Land nach den zur Zeit geltenden Bestimmungen einen Anspruch hat.

#### **§ 44**

##### **Durchführungsvorschriften**

Soweit in den vorstehenden Bestimmungen keine besondere Regelung getroffen ist, erlassen das Innenministerium und das Finanzministerium die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsvorschriften.



Anlage 1 zu § 2 Abs. 3 GFG 2004/2005

<b>Ableitung Steuerverbund 2004 und 2005</b>		
	<b>Steuerverbund 2004 Mio. EUR</b>	<b>Steuerverbund 2005 Mio. EUR</b>
<b>A. Gemeinschaftssteuern</b>		
<b>Lohnsteuer</b>	12.190,000	13.400,000
<b>veranlagte Einkommensteuer</b>	680,000	775,000
<b>nicht veranlagte Steuern vom Ertrag</b>	1.620,000	1.695,000
	900,000	1.125,000
<b>Umsatzsteuer</b>	8.600,000	8.150,000
<b>Einfuhrumsatzsteuer</b>	3.500,000	3.600,000
<b>Zinsabschlag</b>	870,000	895,000
<i>Mehreinnahmen aus Gemeinschafts-</i> <i>steuern aufgrund bundespolitischer</i>	920,000	1.270,000
<b>Summe A.</b>	29.280,000	30.910,000
<b>AA. Korrektur der Gemeinschaftssteuern</b>		
<b>Kompensationsleistungen nach § 32 GFG</b>	- 465,000	- 480,000
<b>bereinigte Summe A.</b>	28.815,000	30.430,000
<b>B. Fakultative Verbundgrundlagen</b>		
<b>Grunderwerbsteuer (anteilig 4/7tel)</b>	657,000	671,000
<b>Summe B.</b>	657,000	671,000
<b>Verbundgrundlagen insgesamt (Summe A. u. B.)</b>	29.472,000	31.101,000
<b>Verbundsatz (%)</b>	23,0 %	23,0 %
<b>Originäre Verbundmasse</b>	6.778,560	7.153,230
<b>Kreditierung</b>	+ 206,000	- 484,150
<b>Verrechnung Kreditierung</b>		- 206,000
<b>Volumen Steuerverbund</b>	6.984,560	6.463,080

Anlage 2 zu § 3 Abs. 3 und 4 GFG 2004/2005

<b>Vorwegabzüge/Zuführungen Steuerverbund 2004 und 2005</b>		
	<b>Steuerverbund 2004 Mio. EUR</b>	<b>Steuerverbund 2005 Mio. EUR</b>
<b>Volumen Steuerverbund</b>	<b>6.984,560</b>	<b>6.463,080</b>
<b>Tantiemen § 3 GFG</b>	<b>- 2,600</b>	<b>- 2,600</b>
<b>Kommunale Kirchenbaulasten § 3 GFG</b>	<b>- 0,900</b>	<b>- 0,900</b>
<b>Kommunale Beteiligung Einheitslasten § 3 GFG</b>	<b>+ 210,000</b>	<b>+ 353,000</b>
<b>Vorwegabzüge/Zuführungen insgesamt</b>	<b>+ 206,500</b>	<b>+ 349,500</b>
<b>Verfügbarer Verbundbetrag</b>	<b>7.191,060</b>	<b>6.812,580</b>

Anlage 3 zu § 4 Abs. 2 GFG 2004/2005

<b>Aufteilung des verfügbaren Verbundbetrages im Steuerverbund 2004 und 2005</b>		
	<b>Steuerverbund 2004 Mio. EUR</b>	<b>Steuerverbund 2005 Mio. EUR</b>
<b>Verfügbarer Verbundbetrag</b>	<b>7.191,060</b>	<b>6.812,580</b>
<i>Befrachtungsvolumen zugunsten der Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände nach Maßgabe des</i>	- 324,700	- 324,700
<b>Verteilbare Verbundmasse im Steuerverbund</b>	<b>6.866,360</b>	<b>6.487,880</b>
<b>Allgemeine Zuweisungen</b>		
<b>Schlüsselzuweisungen insgesamt:</b>	<b>5.743,055</b>	<b>5.427,187</b>
* Gemeinden § 8 GFG	4.482,443	4.235,909
* Kreise § 11 GFG	685,756	648,039
* Landschaftsverbände § 14 GFG	574,856	543,239
<b>Pauschale Zuweisungen zur Förderung   investiver Maßn. gesamt:</b>	<b>418,743</b>	<b>374,302</b>
* IVP Allgemein § 17 Abs. 2 GFG	361,995	320,675
* IVP Sozialhilfeträger § 17 Abs. 3 GFG	30,870	29,172
* IVP Eingliederungshilfe § 17 Abs. 4 GFG	25,878	24,455
<b>Pauschale Sonderzuweisungen insgesamt</b>	<b>487,000</b>	<b>487,000</b>
* Schulpauschale § 18 GFG	460,000	460,000
* Sportpauschale § 19 GFG	27,000	27,000
<b>Zuweisungen aufgrund von Sonderbedarfen   außerhalb des Schlüsselzuweisungssystems § 20 GFG</b>	<b>25,773</b>	<b>23,734</b>
<b>Allgemeine Zuweisungen insgesamt</b>	<b>6.674,571</b>	<b>6.312,223</b>
<b>Zweckzuweisungen</b>		
<b>Originäre zweckgebundene Zuweisungen insgesamt</b>	<b>172,061</b>	<b>161,503</b>
* Stadterneuerung § 21 Abs. 1 u. 2 GFG	135,248	127,466
* Denkmalpflege § 22 Abs. 1 u. 3 GFG	5,816	5,496
* Bodendenkmalpflege § 22 Abs. 2 GFG	3,369	3,184
* Komm. Museumsbau § 23 GFG	4,625	4,371
* Ausfinanzierung Sportstättenbau § 24 GFG	3,476	2,533
* Emscher-Lippe ökologische Gestaltung § 25 GFG	11,855	11,203
* Altablagerungen/Altstandorte § 26 GFG	7,672	7,250
<b>Besondere zweckgebundene Zuweisungen insgesamt</b>	<b>19,728</b>	<b>14,154</b>
* Kommunale Theater § 27 GFG	14,615	14,154
* Bahnflächenpool § 28 GFG	5,113	-
<b>Zweckzuweisungen insgesamt</b>	<b>191,789</b>	<b>175,657</b>

**Anlage 4 zu § 9 Abs. 3 GFG 2004/2005**

**Hauptansatzstaffel**

Staffelklasse (Einwohner)	Hauptansatz %
25 000	100,0
37 500	103,0
52 500	106,0
70 500	109,0
90 500	112,0
113 500	115,0
139 000	118,0
167 000	121,0
197 500	124,0
230 500	127,0
266 000	130,0
304 500	133,0
345 000	136,0
388 500	139,0
434 500	142,0
482 500	145,0
533 500	148,0
587 000	151,0
634 000	154,0

Für Gemeinden mit mehr als 634 000 Einwohnern beträgt der Ansatz 157,0 vom Hundert.

**Anlage 5 zu § 9 Abs. 4 GFG 2004/2005**

Schüleransatzstaffel

Schüler der	mit
Grundschulen einschließlich Schulkindergärten	96 vom Hundert,
Hauptschulen	119 vom Hundert,
Realschulen	88 vom Hundert,
Gymnasien	96 vom Hundert,
Gesamtschulen	146 vom Hundert,
Berufskollegs	54 vom Hundert,
Sonderschulen	346 vom Hundert.

Anlage 6 zu § 20 Abs. 2 GFG 2004/2005

<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände aufgrund besonderer Bedarfe, die nicht im Schlüsselzuweisungssystem berücksichtigt sind im Steuerverbund 2004 und 2005</b>		
	Steuerverbund 2004 Mio. EUR	Steuerverbund 2005 Mio. EUR
<b>Gemeinden:</b>		
Bonnförderung § 20 Abs. 2 Nr. 1 GFG	2,000	1,000
Kurortehilfe § 20 Abs. 2 Nr. 2 GFG	6,324	5,976
Abwassergebührenhilfe § 20 Abs. 2 Nr. 3 GFG	2,012	1,901
Aufwendungshilfe Gaststreitkräfte § 20 Abs. 2 Nr. 5 GFG	4,882	4,882
<b>Gemeinden insgesamt</b>	<b>15,218</b>	<b>13,759</b>
<b>Landschaftsverbände:</b>		
Landschaftliche Kulturpflege § 20 Abs. 2 Nr. 4 GFG	7,055	6,667
<b>Landschaftsverbände insgesamt</b>	<b>7,055</b>	<b>6,667</b>
<b>Einmalige Zuweisungen nach § 20 Abs. 3</b>	<b>3,500</b>	<b>3,308</b>
<b>Gesamtzuweisungen</b>	<b>25,773</b>	<b>23,734</b>

## Anlage 7 zu § 31 GFG 2004/2005

<b>Zuweisungen zu den Kosten der Lastenausgleichsverwaltung bei kreisfreien Städten und Kreisen im Haushaltsjahr 2004 und 2005</b>		
	<b>Haushaltsjahr 2004 Mio. EUR</b>	<b>Haushaltsjahr 2005 Mio. EUR</b>
<b>Gesamtzuweisungen</b>	<b>7,300</b>	<b>7,200</b>

Anlage 8 zu § 32 Abs. 3 GFG 2004/2005

<b>Kompensationsleistungen an die Gemeinden für Verluste aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs im Haushaltsjahr 2004 und 2005</b>		
	<b>Haushaltsjahr 2004 Mio. EUR</b>	<b>Haushaltsjahr 2005 Mio. EUR</b>
<b>Gesamtzweisungen</b>	<b>465,000</b>	<b>480,000</b>



## Anlage 9 zu § 38 Abs. 3 GFG 2004/2005

**Anteile und Auszahlungstermine der Zuweisungen nach § 38 Abs. 3  
in den Haushaltsjahren 2004 und 2005**

<b>Beschreibung</b>	<b>Auszahlungstermin</b>	
	<b>Haushaltsjahr 2004</b>	<b>Haushaltsjahr 2005</b>
<b>ein Achtel der Zuweisungen nach § 38 Abs. 3 GFG</b>	<b>29. Januar</b>	<b>28. Januar</b>
<b>ein Viertel der Zuweisungen nach § 38 Abs. 3 GFG</b>	<b>30. März</b>	<b>30. März</b>
<b>ein Viertel der Zuweisungen nach § 38 Abs. 3 GFG einschließlich Verrechnung hälftiger Ausgleichsbeträge nach §§ 4 und 5 SBG</b>	<b>29. Juni</b>	<b>29. Juni</b>
<b>ein Viertel der Zuweisungen nach § 38 Abs. 3 GFG</b>	<b>29. September</b>	<b>29. September</b>
<b>ein Achtel der Zuweisungen nach § 38 Abs. 3 GFG einschließlich Verrechnung hälftiger Ausgleichsbeträge nach §§ 4 und 5 SBG</b>	<b>22. Dezember</b>	<b>22. Dezember</b>

## Artikel II

**Gesetz zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004 und 2005  
(Solidarbeitragsgesetz - SBG 2004/2005)**

### Inhaltsübersicht

- § 1 Grundlagen
- § 2 Berechnung des auszugleichenden Solidarbeitrages jeder Gemeinde
- § 3 Berechnung des Anrechnungsbetrages jeder Gemeinde
- § 4 Berechnung des Ausgleichsbetrages jeder Gemeinde
- § 5 Endgültige Festsetzung des Solidarbeitrages und des auszugleichenden Solidarbeitrages 2002
- § 6 Endgültige Festsetzung des Solidarbeitrages und des auszugleichenden Solidarbeitrages 2003
- § 7 Verfahren, Termine

### Anlagen

#### Anlage 1

Vorläufiger Gesamtsolidarbeitrag des Landes Nordrhein-Westfalen, kommunaler Solidarbeitrag und interkommunal auszugleichender Solidarbeitrag in den Haushaltsjahren 2004 und 2005

#### Anlage 2

Vorläufige Verbundmassenveränderung nach § 3 SBG 2004/2005 in den Haushaltsjahren 2004 und 2005

**§ 1****Grundlagen**

(1) Die Gemeinden und Gemeindeverbände erbringen in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 von dem vom Land in den entsprechenden Haushaltsjahren zu leistenden Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit einen ihrer Finanzkraft entsprechenden Anteil von 42,6 vom Hundert.

(2) Der vom Land zu leistende Solidarbeitrag in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 zur Deutschen Einheit wird vorläufig auf die in der Anlage 1 ausgewiesenen Beträge festgesetzt.

(3) Der von den Gemeinden und Gemeindeverbänden in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 zu erbringende Anteil am Solidarbeitrag nach Absatz 2 wird vorläufig auf die in der Anlage 1 ausgewiesenen Beträge festgesetzt.

(4) Der nach diesem Gesetz zwischen den Gemeinden in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 auszugleichende Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit wird vorläufig auf die in der Anlage 1 ausgewiesenen Beträge festgesetzt.

Der Betrag wird von den Gemeinden über die einheitsbedingte Minderung der Gemeindegemeinschaftsmasse in den Steuerverbänden 2004 und 2005, über die erhöhte Gewerbesteuerumlage in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 nach § 6 Abs. 3 Satz 4 Gemeindefinanzreformgesetz in Höhe von 29 vom Hundert und über die erhöhte Gewerbesteuerumlage in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 aufgrund der nach § 6 Abs. 5 Satz 1 Gemeindefinanzreformgesetz festzusetzenden Erhöhungszahl erbracht.

(5) Bei der Berechnung der Beträge in den Absätzen 2, 3 und 4 sind die Ansätze für das jeweilige Haushaltsjahr im Haushaltsplan des Landes und das im Gemeindefinanzierungsgesetz 2004/2005 für das entsprechende Haushaltsjahr festgelegte Anteilsverhältnis bei den Steuerverbundeleistungen zwischen Gemeindegemeinschaftsmasse und sonstigen allgemeinen und zweckgebundenen Zuweisungen zu Grunde zu legen. Soweit die Haushaltsansätze von den Er-

gebnissen der Haushaltsrechnung des Landes für das entsprechende Haushaltsjahr und den tatsächlichen Leistungen der Gemeinden an erhöhter Gewerbesteuerumlage für das entsprechende Haushaltsjahr abweichen oder das angenommene Anteilsverhältnis bei den Steuerverbundleistungen von dem tatsächlichen Anteilsverhältnis abweicht, ist die endgültige Festsetzung für das entsprechende Haushaltsjahr spätestens im jeweils übernächsten Haushaltsjahr vorzunehmen. Die endgültige Festsetzung für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 regeln die §§ 5 und 6.

## **§ 2**

### **Berechnung des auszugleichenden Solidarbeitrages jeder Gemeinde**

(1) Der Anteil jeder einzelnen Gemeinde am auszugleichenden Solidarbeitrag nach § 1 Abs. 4 wird für jedes Haushaltsjahr nach dem Anteil ihrer Finanzkraft an der Finanzkraft aller Gemeinden berechnet. Als Finanzkraft werden zugrunde gelegt

- die im jeweiligen Haushaltsjahr maßgebenden Steuerkraftmesszahlen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2004/2005 abzüglich der im Referenzzeitraum angefallenen Kompensationsleistungen für Verluste durch die Neuregelung des Familienleistungsausgleichs;
- die im jeweiligen Haushaltsjahr maßgebenden Schlüsselzuweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2004/2005 unter Berücksichtigung der maßgebenden Abrechnungs- und Ausgleichsbeträge nach den §§ 29 und 30 des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2004/2005 und den §§ 5 und 6 dieses Gesetzes;
- die im jeweiligen Haushaltsjahr maßgebenden Kompensationsleistungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2004/2005.

(2) Das Innenministerium und das Finanzministerium setzen für jedes Haushaltsjahr den Betrag nach Absatz 1 für jede Gemeinde vorläufig fest.

**§ 3****Berechnung des Anrechnungsbetrages jeder Gemeinde**

(1) In jedem Haushaltsjahr werden auf den nach § 2 Abs. 1 vorläufig ermittelten Anteil jeder Gemeinde am auszugleichenden Solidarbeitrag die auf sie entfallenden Beträge nach § 1 Abs. 4 Satz 2 angerechnet.

(2) Zur vorläufigen Berechnung der erhöhten Gewerbesteuerumlage wird für das Haushaltsjahr 2004 das durch den Hebesatz für das Haushaltsjahr 2003 geteilte Ist-Aufkommen der Gewerbesteuer in der Zeit vom 1. Juli 2002 bis 30. Juni 2003 zugrunde gelegt und mit den für 2003 geltenden Vervielfältigern nach § 1 Abs. 4 vervielfältigt. Zur vorläufigen Berechnung der erhöhten Gewerbesteuerumlage wird für das Haushaltsjahr 2005 das durch den Hebesatz für das Haushaltsjahr 2004 geteilte Ist-Aufkommen der Gewerbesteuer in der Zeit vom 1. Juli 2003 bis 30. Juni 2004 zugrunde gelegt und mit den für 2004 geltenden Vervielfältigern nach § 1 Abs. 4 vervielfältigt.

Soweit in den jeweiligen Referenzzeiträumen noch Zahlungen bei der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital für Vorjahre anfallen, werden diese entsprechend berücksichtigt.

Für jedes Haushaltsjahr wird der Anteil jeder Gemeinde am Gesamtaufkommen der erhöhten Gewerbesteuerumlage im entsprechenden Referenzzeitraum ermittelt. Die vorläufige Mehrbelastung jeder einzelnen Gemeinde in dem entsprechenden Haushaltsjahr wird mit diesem Anteil am Ansatz für die erhöhte Gewerbesteuerumlage im Landeshaushalt für das entsprechende Haushaltsjahr berechnet.

(3) Zur vorläufigen Berechnung des Betrages, um den die jeweilige Schlüsselmasse nach Absatz 1 in dem entsprechenden Haushaltsjahr gemindert oder aufgestockt ist, wird die maßgebende Gemeindegemeinschaftsschlüsselmasse nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2004/2005 um den entsprechenden Anteil der gemeindlichen Schlüsselmassenveränderung an der Verbundmassenveränderung nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2004/2005 erhöht oder vermindert. Die vorläufig festgesetzten Gesamtbeträge der Verbundmassenveränderung für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 ergeben sich aus der Anlage 2. Der sich daraus ergebende Gemeindeanteil berechnet sich nach dem im Gemeindefinanzierungsgesetz 2004/2005 für diese Haushaltsjahre festgelegten Aufteilungsverhältnis der Steuerverbundeleistungen auf die gemeindliche Schlüsselmasse zu allen anderen allgemeinen und zweckgebundenen Zuweisungen. Der für das entsprechende Haushaltsjahr erhöhte Betrag wird nach den Vorschriften des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2004/2005 auf jede Gemeinde aufgeteilt. Er wird mit der nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2004/2005 für das entsprechende Haushaltsjahr festgesetzten gemeindlichen Schlüsselzuweisung für jede Gemeinde saldiert. Der Unterschiedsbetrag stellt für das entsprechende Haushaltsjahr die vorläufige über die Minderung oder Aufstockung der Schlüsselmasse erbrachte gemeindliche Leistung dar.

(4) Das Ministerium setzt für jedes Haushaltsjahr die vorläufigen Beträge nach Absatz 2 und 3 für jede Gemeinde fest.

#### **§ 4 Berechnung des Ausgleichsbetrages jeder Gemeinde**

(1) Weicht in einem Haushaltsjahr der auf jede Gemeinde entfallende Anteil am auszugleichenden Solidarbeitrag nach § 2 von den Anrechnungsbeträgen nach § 3 ab, sind die Unterschiedsbeträge zwischen den Gemeinden auszugleichen.

Minderzahlungen sind nachzuzahlen. Überzahlungen werden erstattet. Nachzahlungen und Erstattungen gleichen sich aus.

(2) Der Ausgleichsbetrag nach Absatz 1 ist in jedem Jahr bei den Umlagegrundlagen nach den §§ 34 bis 36 Gemeindefinanzierungsgesetz 2004/2005 zu berücksichtigen.

## **§ 5**

### **Endgültige Festsetzung des Solidarbeitrages und des auszugleichenden Solidarbeitrages 2002**

(1) Der endgültige Solidarbeitrag und der kommunale Beitrag für das Haushaltsjahr 2002 wird nach den Ergebnissen der Haushaltsrechnung des Landes für das Haushaltsjahr 2002 ermittelt.

(2) Der endgültige zwischen den Gemeinden auszugleichende Solidarbeitrag für das Haushaltsjahr 2002 ergibt sich nach der Haushaltsrechnung des Landes für das Haushaltsjahr 2002 aus der tatsächlich von den Gemeinden für das Haushaltsjahr 2002 erbrachten erhöhten Gewerbesteuerumlage und der vorzunehmenden Schlüsselmasse-minderung gemäß dem im Gemeindefinanzierungsgesetz 2002 festgelegten Anteilsverhältnis zwischen Gemeindefinanzierungsmasse und sonstigen Zuweisungen aus dem Steuerverbund.

(3) Entsprechend den Berechnungsvorschriften der §§ 2 bis 4 Solidarbeitragsgesetz 2002 (GV. NRW. 2001, S. 887) wird eine Neuberechnung des Anteils am auszugleichenden Solidarbeitrag und der Anrechnungs- und Ausgleichsbeträge für jede einzelne Gemeinde vorgenommen. Dabei wird die von jeder Gemeinde für das Jahr 2002 tatsächlich erbrachte erhöhte Gewerbesteuerumlage und die tatsächliche Minderung der Schlüsselzuweisung aufgrund der Verbundmassenminderung im Steuerverbund 2002 zugrunde gelegt.

Weicht das Ergebnis der Neuberechnung von der vorläufigen Berechnung für 2002 ab, werden die Abweichungen durch Nachzahlungen oder Erstattungen ausgeglichen. Nachzahlungen und Erstattungen gleichen sich aus.

(4) Der Ausgleichsbetrag nach Absatz 3 ist im Haushaltsjahr 2004 bei den Umlagegrundlagen nach den §§ 34 bis 36 Gemeindefinanzierungsgesetz 2004/2005 zu berücksichtigen.

(5) Das Innenministerium und das Finanzministerium ermitteln die endgültigen Beträge nach Absatz 1 und 2 sowie die endgültigen Ausgleichsbeträge nach Absatz 3 und setzen sie fest.

## § 6

### **Endgültige Festsetzung des Solidarbeitrages und des auszugleichenden Solidarbeitrages 2003**

(1) Der endgültige Solidarbeitrag und der kommunale Beitrag für das Haushaltsjahr 2003 wird nach den Ergebnissen der Haushaltsrechnung des Landes für das Haushaltsjahr 2003 ermittelt.

(2) Der endgültige zwischen den Gemeinden auszugleichende Solidarbeitrag für das Haushaltsjahr 2003 ergibt sich nach der Haushaltsrechnung des Landes für das Haushaltsjahr 2003 aus der tatsächlich von den Gemeinden für das Haushaltsjahr 2003 erbrachten erhöhten Gewerbesteuerumlage und der vorzunehmenden Schlüsselmasse-minderung gemäß dem im Gemeindefinanzierungsgesetz 2003 festgelegten Anteilsverhältnis zwischen Gemeindefinanzierungsmasse und sonstigen Zuweisungen aus dem Steuerverbund.



(3) Entsprechend den Berechnungsvorschriften der §§ 2 bis 4 Solidarbeitragsgesetz 2003 (GV. NRW. 2003, S. 372) wird eine Neuberechnung des Anteils am auszugleichenden Solidarbeitrag und der Anrechnungs- und Ausgleichsbeträge für jede einzelne Gemeinde vorgenommen. Dabei wird die von jeder Gemeinde für das Jahr 2003 tatsächlich erbrachte erhöhte Gewerbesteuerumlage und die tatsächliche Minderung der Schlüsselzuweisung aufgrund der Verbundmassenminderung im Steuerverbund 2003 zugrunde gelegt.

Weicht das Ergebnis der Neuberechnung von der vorläufigen Berechnung für 2003 ab, werden die Abweichungen durch Nachzahlungen oder Erstattungen ausgeglichen. Nachzahlungen und Erstattungen gleichen sich aus.

(4) Der Ausgleichsbetrag nach Absatz 3 ist im Haushaltsjahr 2005 bei den Umlagegrundlagen nach den §§ 38 bis 40 Gemeindefinanzierungsgesetz 2004/2005 zu berücksichtigen.

(5) Das Innenministerium und das Finanzministerium ermitteln die endgültigen Beträge nach Absatz 1 und 2 sowie die endgültigen Ausgleichsbeträge nach Absatz 3 und setzen sie fest.

## **§ 7**

### **Verfahren, Termine**

(1) Für jede einzelne Gemeinde werden für jedes Haushaltsjahr die Ausgleichsbeträge nach § 4 Abs. 1 vorläufig und nach § 5 Abs. 3 bzw. § 6 Abs. 3 endgültig durch Bescheid der Bezirksregierungen festgesetzt. Das Innenministerium und das Finanzministerium können bestimmen, dass die Bescheide der Bezirksregierungen den Gemeinden und Kreisen unmittelbar durch das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen zuzuleiten sind. Einwendungen gegen die Bescheide sind durch Widerspruch geltend zu machen.

(2) Die sich für die einzelne Gemeinde nach den vorstehenden Vorschriften ergebenden Zahlungsverpflichtungen oder Ansprüche werden mit den nach § 38 des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2004/2005 zu zahlenden Zuweisungen in zwei Teilbeträgen nach Anlage 9 zu § 38 des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2004/2005 verrechnet. Eine die Zuweisungen nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz übersteigende Zahlungsverpflichtung in einem Haushaltsjahr ist zu den in Satz 1 genannten Terminen anteilig an die Landeskasse zu entrichten.

(3) Die §§ 39 und 43 des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2004/2005 gelten entsprechend. Die Gemeinde ist nicht berechtigt, Zahlungsverpflichtungen nach diesem Gesetz zu kürzen.

**Anlage 1 zu § 1 Abs. 2, 3 und 4 SBG 2004/2005**

<b>Vorläufiger Gesamtsolidarbeitrag des Landes Nordrhein-Westfalen, kommunaler Solidarbeitrag und interkommunal auszugleichender Solidarbeitrag in den Haushaltsjahren 2004 und 2005</b>		
	<b>Haushaltsjahr 2004 EUR</b>	<b>Haushaltsjahr 2005 EUR</b>
<b>Gesamtsolidarbeitrag Nordrhein-Westfalen § 1 Abs. 2 SBG</b>	<b>728.000.000</b>	<b>905.000.000</b>
<b>Kommunaler Gesamtbeitrag § 1 Abs. 3 SBG</b>	<b>310.128.000</b>	<b>385.530.000</b>
<b>Interkommunal auszugleichender Solidarbeitrag § 1 Abs. 4 SBG</b>	<b>382.912.000</b>	<b>334.526.000</b>

**Anlage 2 zu § 3 Abs. 3 SBG 2004/2005**

<b>Vorläufige Verbundmassenveränderung nach § 3 SBG 2004/2005 in den Haushaltsjahren 2004 und 2005</b>		
	<b>Haushaltsjahr 2004 EUR</b>	<b>Haushaltsjahr 2005 EUR</b>
<b>Reduzierung der Verbundgrundlagen um die Kompensationsleistungen für die Neuregelung des Fonds „Deutsche Einheit“ bei den Umsatz- steueranteilen des Landes ab 2005</b>	-	755.000.000
<b>Minderung der originären Verbundmasse</b>	-	174.000.000
<b>Erhöhte Gewerbesteuerumlage zur Finanzierung</b>	520.000.000	565.000.000
<b>Kommunale Leistungen insgesamt</b>	520.000.000	739.000.000
<b>Kommunaler Anteil an den Einheitslasten (gerundet)</b>	310.000.000	386.000.000
<b>Vorwegabzüge/Zuführungen nach § 3 Abs. 2 GFG 2004/2005 im Rahmen der Berechnung des kommunalen Beitrags an den einheitsbe- dingten Lasten</b>	+ 210.000.000	+ 353.000.000

### **Artikel III**

#### **In-Kraft-Treten**

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2004 in Kraft